

Der Polizeipräsident in Wien
Untersuchungskommission für Polizeibeamte

Zl. 209 Kznpt/38.

Wien, am 29. November 1938.

Dr. L a n g Friedrich,
Min. On. Kommissär,
Untersuchung.

§ 4 BBV, *Freilassung*

Vermerk:

Der Genannte ist seit 10. VII. 1930 im öffentlichen Dienste, stand in den Bezügen der 5. Dienstklasse, als Min. ob. Koär, hat nach dem Tode seiner Mutter zur Hälfte die Realität Pötleinsdorferstrasse 150 geerbt. War nicht Mitglied der Partei. Der Genannte ist ledig, kinderlos und hat für seine Schwester zu sorgen, ist arisch.

Buchta sagt von L., dass er Vaterländer, klerikal, gehässiger Gegner der NSDAP und fachlich mittel ist. Die Sonderkommission hat bereits am 11. VII. 1938 unter Vorsitz Assessor Scheickl über ihn verhandelt und die Entlassung gemäss § 4 BBV ausgesprochen, doch scheint ihm dieser Bescheid mangels Zuständigkeit des damaligen Ausschusses nicht zugestellt worden zu sein.

L. wurde am 17. III. 1938 verhaftet und befindet sich derzeit im K. Z. Er wurde im Jahre 1935 zum Min. Ob. Koär im Bundeskanzleramt ernannt, erhielt anlässlich einer Amtshandlung gegen Jakob Weintraub wegen Übertretung der Devisenordnung eine Remuneration von 120.- S und später in ähnlicher Sache eine solche von 90 S. L. wird als sehr schwarz gesinnt geschildert, was er auch nach aussen hin zeigte. Den Nat. Soz. bezeichnete er als braune Pest, die nicht nach Österreich kommen darf. Seine Zuteilung zum Bundeskanzleramt verdankt er der Befürwortung des Generalprokurators Winterstein. Min.-

./.

Rat Philipp bezeichnet ihn sehr verschlossen und streng vaterländisch eingestellt, weiss aber von ihm sonst nichts.

Schon aus dem Stapoakt ist ersichtlich, dass L. schon durch seinen Protektor Winterstein auf seine Einstellung schliessen lasse. Er hat auch trotz seiner ~~Verwendung~~^{Verbindung} im Bundeskanzleramt bei Dr. Winterstein Verwendung gefunden, der als Generalprokurator wesentlich Einfluss auf die Beurteilung der Ereignisse vom 25.VII.1934 genommen hat. Weltanschaulich war Dr. L. dem Nat. Soz. gegenüber ablehend eingestellt und hat aus dieser seiner Einstellung auch öffentlich nie ein Hehl gemacht. So bezeichnete Dr. L. den Führer im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30.VI.1934 im Altreich als Massenmörder und gebrauchte nach dem Reichs-~~erteitag~~^{erteitag} im Jahre 1936 folgende Worte: "Der Hitler reisst die Goschen auf wie der Stalin. Eigenes kann er ja nicht. Er muss einmal den Mussolini spielen, einmal den Stalin". Nach dem Brande der Rotunde am 17. IX.1937 sagte Dr. L. einem Kanzleibeamten, der die Meinung vertrat, dass Komunisten den Brand gelegt hätten: "Wir sind doch nicht in Deutschland, wo die Nazi das Reichstagsgebäude angezündet und dann die Kommunisten beschuldigt wurden." Er wird für die Weiterbelassung im öffentlichen Dienst als untauglich befunden.

Rechtsanwalt Dr. Jakschitz gibt an, dass ihn Dr. L. im Verlaufe eines Gespräches gefragt hat, ob er auch diesen braunen Mordbanden angehöre.

L. war seit 1937 Mitglied der christl. soz. Partei.

In einem Berichte von Amtsrat Riedl, verfasst nach Angaben des Amtsassistenten Pollatschek, wird L. als eifrigster Verfechter der VF Idee geschildert, als scharfer Gegner des Nat. Soz., der sogar Personen, die Schulvereinszänder bei sich hatten, beanständete. Kurz vor der geplanten Abstimmung soll er sich geäussert haben "Jetzt müssen wir

stramm zusammenhalten und alles tun, um uns durchzusetzen."

Antrag: Ich beantrage § 4 BBV, Entlassung, auf Grund des vorgeschilderten Ermittlungsverfahren. Er befindet sich übrigena wegen seines gehässigen Vorgehen und seiner gegnerischen Einstellung in Dachau.

Der Polizeipräsident in Wien

Untersuchungskommission für Polizeibeamte

Wien, am 17. 11 1938

209. 3. Kkpt/38 Bg.

Auszug aus dem Vorgang der Staatspolizeileitstelle Wien

Z. II G 513/38

über den Min. Ob. Koär Dr. Friedrich Lang am 1. 7. 1899 in Wien geboren zuständig, röm. kath., (angeblich Jude oder Judenstämmling) ledig, Wien XVIII., Pötzleinsdorferstrasse 115 wohnhaft. Frühere Dienststelle Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Abteilung 1 (beim Min. Rat Phillip, Personalabteilung).

Tag der Inschutzhaftnahme 17. 3. 1938 und dem Konzentrationslager Dachau überstellt.

Abschrift des Berichtes der Stapoleitstelle Wien vom 7. Juli 1938.

Den Erhebungen zufolge erscheint Min. Ob. Koär Dr. Friedrich Lang am 1. 7. 1899 zu Wien geboren, zuständig, kath., led., im Hause XVIII., Pötzleinsdorferstrasse Nr. 115 polizeilich gemeldet. Der Genannte begann seine Gymnasialstudien im Jahre 1910 in Wien und beendete sie im Jahre 1917. Am 5. 12. 1917 legte er die Reifeprüfung ab. Sein Studium fortsetzend inskribierte er an der Wr. Universität (juridische Fakultät) und legte am 14. 10. 1920 die rechtshistorische, am 25. 11. 1924 die judizielle und am 15. 12. 1925 die Staatswissenschaftliche Staatsprüfung mit genügendem Erfolg ab. Am 4. II. 1927 wurde er zum Doktor der Rechte promoviert. Die praktische Prüfung für die politische Geschäftsführung legte er am 21. und 23. Juni 1932 mit guten Erfolg ab. Vom Jahre 1928 bis 1930 war er als Rechtsanwaltsanwärter bei verschiedenen Gerichten tätig. Am 10. Juni 1930 wurde Lang als vollbeschäftigte Hilfskraft des Kanzlei und Manipulationsdienstes mit Monatsentgelt von 170 S zur Polizeidirektion Wien aufgenommen und wurde mit selbem Datum der Wirtschaftspolizei zugeteilt. Am 4. 12. 1930 wurde er dem Koate Hernals und am 22. 6. 1931 wieder der Wirtschafts-

polizei zugeteilt. Am 27.1.1934 wurde er zum Polizeikoär ernannt. Und am 1.8.1934 wurde er dem Bundeskanzleramte zugeteilt. Am 16.11.1935 wurde er zum Min.Ob.Koär im Bundeskanzleramt ernannt. Am 13.10.1933 erhielt er anlässlich einer Amtshandlung gegen Jakob Weintraub wegen Übertretung der Devisenverordnung eine Remuneration von 120 S und am 9.6.1934 und 21.6.1934 aus Anlass der Amtshandlung gegen Beschowitz, wegen Übertretung der Devisenverordnung eine Remuneration von 90 S.

Dr. Felber welcher mit Dr. Lang bei der Wirtschaftspolizei beisammen war gibt an, dass Lang schon seinerzeit sehr schwarz gesinnt war und dies auch nach aussen zeigte. Die NSDAP bezeichnete er als braune Pest, die darf nicht nach Österreich kommen.

Am Koate Hernalts konnte Nachteiliges nicht in Erfahrung gebracht werden. Am 1.8.1934 wurde er auf Grund der Befürwortung des Generalprokurator Winterstein dem ehemaligen B.K.A. Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Abteilung 1 zugeteilt.

Vorstand dieser Abteilung war Min.Rat Dr. Philipp welcher angibt, dass Dr. Lang zwar ihm zugeteilt war, aber auch bei Generalprokurator Winterstein, der damals die Juliereignisse bearbeitete, als Schriftführer mitarbeitete.

Über die Tätigkeit des Lang gibt Min.Rat Phillip an, dass Dr.Lang sehr verschlossen und streng vaterländisch eingestellt war, hat sich aber soweit ihm bekannt ist, im Amte zu keinerlei Handlungen, oder Äusserungen in politischer Hinsicht zu schulden kommen lassen.

Unterschrift unleserlich
Krim.Beamter.

Bericht der Stapoleitstelle Wien vom 26. Juli 1938

An den

Staatskommissar für Personalangelegenheiten

Standartenführer Dr. Otto Wächter,

W i e n , I.,

Reichsstatthalterei.

Der vormalige Ministerialoberkommissär Dr. Friedrich L a n g , geboren am 1.7.1899 in Wien, hier heimatberechtigt, kath., led., zuletzt XVIII., Pötzleinsdorferstrasse 115 wohnhaft gewesen, wurde am 17. März 1938 festgenommen und am 1. April 1938 in das Konzentrationslager Dachau abgegeben. Der Genannte trat am 10. Juni 1930 bei der vormaligen Bundespolizeidirektion Wien in den Konzeptsdienst ein und wurde am 1. August 1934 auf Grund einer Befürwortung des damaligen Generalprokurators Dr. Winterstein in das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit berufen und der Abteilung I dieser Dienststelle zugewiesen, beider er bis zu seiner Festnahme Dienst versah.

Schon durch seinen Protektor allein geht die Einstellung Dr. L a n g's hervor, da bekanntlich Dr. Winterstein der Schöpfer des Gesetzes über die Militärgerichtshofbarkeit im Zusammenhang mit den Ereignissen des 25. Juli 1934 in Österreich gewesen ist und nachher als besonderer Vertrauensmann des vormaligen Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg Justizminister wurde. Dr. Lang hat während seiner Einteilung im Bundeskanzleramte auch Verwendung bei Dr. Winterstein gefunden, der als Generalprokurator wesentlichen Einfluss auf die Beurteilung der Ereignisse des 25. Juli 1934 genommen hat.

./.

Weltanschaulich war Dr. Lang dem Nationalsozialismus gegenüber ablehnend eingestellt und hat er aus dieser seiner Einstellung auch öffentlich nie Hehl gemacht. So bezeichnete Dr. Lang den Führer und Reichskanzler im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934 im Altreich als "Massenmörder" und gebrauchte nach dem Reichsparteitag im Jahre 1936 folgende Worte: "Der Hitler reisst die Goschen auf wie der Stalin. Eigenes kann er ja nicht, er muss einmal den Mussolini spielen, einmal den Stalin."

Nach dem Brand des Ausstellungsgebäudes Rotunde in Wien am 17. September 1937 äusserte sich Dr. Lang Kanzleibeamten gegenüber dahin, als diese der Meinung Ausdruck verliehen, dass der Brand von Kommunisten gelegt sein könnte, folgendermassen:

"Wir sind doch nicht in Deutschland, wo die Nazi das Reichstagsgebäude angezündet und dann die Kommunisten beschuldigt haben.

Dr. Lang war streng vaterländisch eingestellt und ein unbedingter Anhänger der Systemregierung. Aus diesem Grunde wurde seine Abgabe in das Konzentrationslager Dachau vorgenommen und ist eine Weiterbelassung im öffentlichen Dienste untunlich.

gez. unleserlich.

Abschrift eines Amtsvermerkes vom 25. März 1938.

Es erscheint Rechtsanwalt Dr. J a k s c h i t z , Wien, III., Wassergasse 1 etabliert und gibt an, dass ihn Min.Ob. Koär, Dr. Friedrich Lang im Verlaufe eines Gespräches gefragt habe, ob er (Dr. Jakschitz) auch diesen "braunen Mordbanden" angehöre.

gez. Dr. Kern.